

Hahn, Entlastung für die Polizei

Experten von Polizei und Genehmigungsbehörden tauschen sich an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz über die geplanten Veränderungen bei der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten aus. Koordinierungsstellen sollen künftig Bindeglied zwischen den Transportunternehmen, den Genehmigungsbehörden und der Polizei sein.

Konkreter Anlass der Fachtagung am Campus Hahn war die Freigabe sogenannter "Regelpläne" durch das Bundesverkehrsministerium (BMVI) im Januar dieses Jahres. Damit können die Genehmigungsbehörden in wesentlich mehr Fällen als bisher private Begleitunternehmen anstelle der Polizei mit der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten betrauen. Die Innenminister der Länder haben darauf seit langem gedrängt, damit sich die Polizei mehr um ihre primären Aufgaben kümmern kann.



Fachtagung Großraum- und Schwertransporte an der Hochschule der Polizei mit den Experten Wolfgang Draaf, Jürgen Göderz, Peter Hahmann, Bernd Heller, Matthias Noll, Andreas Sarter, Siegfried Ranzinger, Josef Schirra, Sebastian Nehring und Frank Wolf (von links)

Polizeidirektor Andreas Sarter und Ministerialrat Jürgen Menge vom rheinland-pfälzischen Innenministerium begrüßten rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kreis- und Stadtverwaltungen, die fachlich mit der Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten befasst sind sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus allen Polizeipräsidien und der Bereitschaftspolizei, die mit der polizeilichen Begleitung der Transporte zu tun haben. Unter ihnen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Koordinierungsstellen, die künftig das Bindeglied und zentraler Ansprechpartner zwischen den Transportunternehmen, den Genehmigungsbehörden und der Polizei stehen. Der Verkehrsreferent im Innenministerium ist sich sicher, dass die Koordinierungsstellen entscheidend dazu beitragen können, dass sich der Ablauf rund um das Arbeitsfeld Schwertransporte künftig effizienter gestalten lässt.

Der Leiter der Autobahnpolizei Kaiserslautern, Siegfried Ranzinger, stellte den Experten die neue Landeskonzeption vor, die in einer Arbeitsgruppe unter seiner Leitung im Auftrag des Innenministeriums erarbeitet wurde. Dabei hob er insbesondere die Neuerungen hervor, die ein mehr an Effizienz und damit eine Entlastung für die Polizei bedeuten. „Koordinierungsstellen haben neben der Qualitätssteigerung und der Minimierung von Schnittstellen eine

Reduzierung der Arbeitsaufwände für die Planung und Koordination von GST bei den Dienststellen zur Folge." Künftig sei eine "einfache Sichtprüfung", die keine Fachkenntnisse erfordert, wie zum Beispiel eine ausgefallene Beleuchtung, bei Übernahme eines Großraum- und Schwertransports ausreichend. Neu ist auch, dass bei der Übernahme von anderen polizeilichen Begleitkräften innerhalb Deutschlands keine erneute Sichtprüfung mehr erforderlich ist.

Polizeioberberater Bernd Heller berichtete über die Erfahrungen der Polizei Nordrhein-Westfalen bei der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten durch private Begleitunternehmen anstelle der Polizei. „Das Entlastungspotential ist erheblich, ohne dass die Verkehrssicherheit leidet“, betont Heller. Die privaten Begleitfahrzeuge zeigen über eine auf dem Fahrzeugdach montierte Anzeigetafel dem Verkehrsteilnehmer Verkehrszeichen (z.B. Überholverbot, Straße gesperrt) an. So sei für den Verkehrsteilnehmer ganz klar, wie er sich verhalten muss, damit der Schwertransport gefahrlos fahren kann.

Josef Schirra vom Polizeipräsidium Koblenz stellte das EDV-gestützte Einsatzmanagement zur Abwicklung von Schwertransporten vor, dass laut Andreas Sarter nun auch für eine landesweite Nutzung geprüft werden soll. „Eine Vielzahl in einer Nacht zu begleitender Transporte sei nur mit dienststellenübergreifenden Kräfteverschiebungen und ausreichender Vorlaufzeit möglich“, sagt Schirra.

Zu den Aufgaben von Jürgen Göderz vom Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz zählen Genehmigungen von Schwertransporten über Autobahnen oder über Landesgrenzen hinweg. Er machte deutlich, dass eine Entlastung der Polizei durch die Übertragung auf Private mit einer Mehrbelastung für die Genehmigungsbehörden einhergeht. Zunächst "lohnt" sich ein solches Verfahren nur für Strecken, die besonders häufig von Großraum- und Schwertransporten befahren werden. Ein "road-book", das auf Grundlage der Regelpläne erstellt wird, beschreibt dem privaten Begleitunternehmen, welche "verkehrsregelnde Maßnahme" an welcher Stelle mit welchen Mitteln umzusetzen ist.

Göderz empfahl bei der Erstellung des "road-books" unbedingt die örtliche Polizei wegen ihrer Erfahrung und den Streckenkenntnissen mit einzubinden. „Wenn das "road-book" dann erstmals für eine Strecke erstellt ist, kann es auf weitere Genehmigungen mit gleichen Anforderungen (in etwa gleiche Länge und/oder Gewicht des GST) mit deutlich weniger Aufwand übertragen werden“, so Göderz.

Für die Begleitunternehmen berichtete Wolfgang Draaf, Geschäftsführer des Bundesverbandes Schwertransporte und Krandienste über die Entwicklung des Begleitfahrzeuges der neuen Generation vom Typ "BF 4", ein Fahrzeug, das auch dem Gegenverkehr Verkehrszeichen anzeigen kann. „Damit sind im Vergleich zu den bisherigen Begleitfahrzeugen mehr Verkehrssituationen beherrschbar“, so Draaf, der damit rechnet, dass erste Fahrzeuge in Kürze zur Verfügung stehen werden.“

Nach so viel "Input" haben sich am Nachmittag vier Arbeitskreise mit praxisorientierten GST-spezifischen Problemstellungen befasst und weitere Lösungsansätze oder gar Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, um das Verfahren rund um die Schwertransporte zu optimieren. Diese Vorschläge wurden anschließend im Plenum präsentiert und diskutiert. Polizeidirektor Andreas Sarter und Ministerialrat Jürgen Menge nahmen den Handlungsbedarf für die Polizei sowie für die Genehmigungsbehörden gerne auf und bedankten sich abschließend bei allen Teilnehmern für den konstruktiven Verlauf der Tagung.